

Antrag

der Abgeordneten Fischer (Homburg), Voigt (Frankfurt), Dr. Ehmke (Bonn), Roth, Catenhusen, Daubertshäuser, Grunenberg, Frau Fuchs (Verl), Hettling, Ibrügger, Dr. Jens, Jungmann, Dr. Klejdzinski, Nagel, Schäfer (Offenburg), Dr. Scheer, Frau Simonis, Frau Dr. Skarpelis-Sperk, Stahl (Kempen), Stockleben, Vahlberg, Vosen, Zander und der Fraktion der SPD

Weltraumfahrt

Die europäische Weltraumfahrt diene bisher ausschließlich friedlichen Zwecken. Die neuen Vorhaben der bemannten Weltraumfahrt jedoch drohen mehr und mehr in den Bereich der militärischen Forschung und Entwicklung einbezogen zu werden. Dieser Entwicklung sollten sich alle europäischen Weltraumnationen gemeinsam widersetzen. Sie sollten sich auch weiterhin verpflichten, allein die friedliche Erforschung und Nutzung zu betreiben. Auch innerhalb der NATO ist auf ein völkerrechtlich verbindliches, globales Abkommen zu drängen, das die militärische Nutzung des Weltraums verbietet.

Der amerikanische Präsident hat die europäischen Nationen eingeladen, sich an dem Projekt einer bemannten Raumstation zu beteiligen.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in Abstimmung mit den führenden Weltraumnationen Europas die Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung über die Beteiligung an der bemannten Raumstation nur unter den folgenden, unverzichtbaren Bedingungen zu führen:

- ausschließliche und kontrollierbare friedliche Nutzung der Raumstation,
- gleichberechtigte Teilnahme der anderen Nationen,
- frühzeitige Beteiligung der interessierten Industrie an den Betriebskosten der Station und
- Kostenminimierung, vor allem durch Nutzung und Aufbau aus erprobten Geräten und mit vorhandenen Kenntnissen. Dadurch muß es möglich sein, die Beteiligung im Rahmen des gegenwärtigen Plafonds auf rd. 750 Millionen DM pro Jahr für die Luft- und Raumfahrtforschung zu begrenzen.

Parallel dazu sollte der Bundesminister für Forschung und Technologie eine Kosten-Nutzen-Analyse erstellen, die die unbemannte mit der bemannten Raumfahrt vergleicht und das eventuell vorhandene kommerzielle Potential einer bemannten Raumstation abklärt.

Unberührt von diesen Verhandlungen soll die Bundesregierung ihre Bemühungen verstärken, im Rahmen der Europäischen Raumfahrtagentur ESA mit den Amerikanern im Bereich der kommerziellen Nutzung des Weltraums, vor allem durch Kommunikationssatelliten und den Aufbau internationaler Informationssysteme, zu konkurrieren, um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden.

Bonn, den 24. August 1984

Fischer (Homburg)

Voigt (Frankfurt)

Dr. Ehmke (Bonn)

Roth

Catenhusen

Daubertshäuser

Grunenberg

Frau Fuchs (Verl)

Hettling

Ibrügger

Dr. Jens

Jungmann

Dr. Klejdzinski

Nagel

Schäfer (Offenburg)

Dr. Scheer

Frau Simonis

Frau Dr. Skarpelis-Sperk

Stahl (Kempen)

Stockleben

Vahlberg

Vosen

Zander

Dr. Vogel und Fraktion